



## Antrag

der Fraktion der FDP

### **Eckpunkte der industriepolitischen Strategie des Landes**

Der Landtag wolle beschließen:

Anknüpfend an den Antrag Drucksache 18/1964 und die dazu eingereichten Stellungnahmen der Verbände, Gewerkschaften und Sachverständigen fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, folgende Punkte bei der Erarbeitung einer industriepolitischen Strategie des Landes, mit der die industriellen Kerne des Landes durch bessere Rahmenbedingungen gestärkt werden sollen, zu berücksichtigen:

#### 1) Standortmarketing

Das Image Schleswig-Holsteins ist bisher vor allem durch die Landwirtschaft und den Tourismus geprägt. Das Ziel muss darin bestehen, dass das Land darüber hinaus bundesweit und international bei Entscheidungsträgern als Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstandort – und damit als prädestinierter Standort für die Industrie – deutlich an Attraktivität für Neuansiedlungen gewinnt. Insbesondere die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte (die bisher nach dem Ausbildungsende in der Tendenz überproportional stark das Land verlassen), muss ausgeprägter kommuniziert werden. Voraussetzung ist hier insbesondere, dass die folgenden Ansätze politisch umgesetzt und deutlich kommuniziert werden. Gleichmaßen muss der Öffentlichkeit die Bedeutsamkeit der Industrie für Wohlstand, Wertschöpfung und Wirtschaftskraft näher gebracht werden, damit sich z.B. die Nachfrage nach den Studienplätzen in den technischen Studiengängen ausweitet.

## 2) Verbesserung der Infrastruktur

Die nördliche Rand-Küstenlage des Landes erfordert in besonderem Maße eine leistungsfähigere Infrastruktur. Es müssen einerseits die Häfen und deren Hinterlandanbindungen gestärkt werden. Andererseits muss die unzureichende infrastrukturelle Anbindung der Industriecluster außerhalb der großen Zentren des Landes – wie z.B. Brunsbüttel – deutlich ausgebaut werden. Die Erreichbarkeit der großen Zentren muss ebenfalls deutlich verbessert werden. Hierbei ist auch die Abstimmung mit Hamburg auszubauen und zu verbessern.

## 3) Industriepolitische Kooperation mit Hamburg stärken

Damit Schleswig-Holstein stärker von der breit aufgestellten Industrie am Standort Hamburg profitiert, indem Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Industrie des Landes erhalten und neu geschaffen und damit die Zukunftsfähigkeit der Industrie gesichert wird, muss die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg verstärkt und intensiviert werden – so z.B. durch die gemeinsame Entwicklung von Handlungsleitfäden und Strategien bei der Fortschreibung des Masterplans Industrie. Insbesondere eine gemeinsame Landes- und Flächenplanung mit Hamburg muss in Mittelpunkt der industriepolitischen Kooperation gestellt werden.

## 4) Stärkung von Forschung und Entwicklung – bessere Vernetzung von Industrie und Forschung

Um die industrielle Basis des Landes zu stärken, muss die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft verbessert werden, da bedarfs-, praxis- und anwendungsorientierte Forschungseinrichtungen ein wesentlicher Standortfaktor für Industrieunternehmen sind, die durch Technologietransfer Innovationen aktiv unterstützen können. Die akademischen und nichtakademischen Ausbildungsangebote leisten einen wesentlichen Beitrag zum Fachkräfteangebot und tragen damit zur Attraktivität Schleswig-Holsteins als Industriestandort bei. Das Angebot an Fachkräften muss gleichermaßen durch eine Nachfrage der Industrie flankiert werden, um die Kooperation zwischen Bildung und Wirtschaft auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen – z.B. indem Commitments von unternehmerischer Seite kommuniziert werden, gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen Fortbildungsangebote (weiter) zu entwickeln und für die Beschäftigten zu nutzen.

## 5) Mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit durch Bürokratieabbau und verbesserte Ansiedlungspolitik

Die Industrie- und Gewerbeflächenpolitik des Landes darf den Standort Schleswig-Holstein nicht dadurch im bundesweiten und internationalen Wettbewerb schwächen, indem Industrieflächen und Gewerbeflächenreserven künstlich verknappt und industrielle Ansiedlungen unnötig erschwert werden.

Ebenso müssen kürzere und verlässliche Genehmigungs- und Planungszeiten erreicht werden, damit sowohl bei gewerblichen Großanlagen und Infrastrukturmaßnahmen als auch bei Ersatz-, Erweiterungs- und Neuinvestitionen kleiner und mittel-

ständischer Unternehmen langfristig verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen garantiert werden können. Hier ist es auch notwendig, dass der Umfang der Gesetze, Vorschriften und Auflagen dahingehend abgebaut wird, dass Unternehmen dadurch nicht von nötigen und erwünschten Investitionsvorhaben abgehalten werden.

#### 6) Energieversorgung

Damit steigende Energiepreise die Zukunftsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft durch eine De-Industrialisierung nicht gefährden, muss sich die Landesregierung dafür einsetzen, den Anstieg der Energiepreise zu stoppen und die politisch erzeugte Preisentwicklung umzukehren.

Christopher Vogt  
und Fraktion